

21.10.2008



## **FCG-Forderungen an die neue Bundesregierung**

Die Welt wird von einer internationalen Finanzkrise unvorstellbaren Ausmaßes erschüttert. Mit enormen Milliardenbeträgen müssen die Staaten auf der ganzen Welt Banken und Versicherungen vor dem Ruin retten. Weil damit die „kleinen Steuerzahler“ in aller Welt für Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten haften, sprechen viele Wirtschaftsforscher vom Zusammenbruch des völlig liberalisierten internationalen Finanzsystems und fordern neue Leitideen für eine globale Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB (FCG) sieht den Zeitpunkt gekommen, neue Wege zu beschreiten. Nach dem Fall des Kommunismus in Europa am Ende des vorigen Jahrhunderts, hat nun auch der neoliberale Casinokapitalismus der Finanzwirtschaft einen Kollaps erlebt. Es müssen internationale Regeln geschaffen werden, die alle Arten von unkontrollierten Spekulationen nachhaltig verhindern.

Angesichts dieser bedrohlichen Krise, die vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders treffen wird, ist es notwendig in der gesamten Europäischen Union gegenzusteuern. Nur gemeinsam wird es möglich sein, diese Krise zu überwinden. Einzelstaaten sind nahezu machtlos. Die FCG bekennt sich eindeutig zu einem Friedensprojekt EUROPA. Europa muss bürgernäher, für die Menschen erlebbar und demokratischer werden. Auch in der europäischen Politik muss der Mensch als Individuum im Mittelpunkt stehen. Der sozialpartnerschaftliche Dialog ist auch auf EU-Ebene unverzichtbar und auszubauen.

Mit unserem 10 Punkte-Programm fordern wir die neue Bundesregierung auf, neue Wege zu beschreiten.

### **1. Ökosoziale Marktwirtschaft**

Um eine **ökosoziale Marktwirtschaft** zu erreichen, müssen wir von einer „Zivilisation des Raubbaus“ auf eine „Zivilisation der Nachhaltigkeit“ umsteigen. Ein fairer Wettbewerb braucht einen gerechten Ordnungsrahmen für ökosoziale Marktwirtschaft und sucht die Balance zwischen drei Eckpunkten:

- Erhaltung des sozialen Friedens
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Sicherung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Mit der Einführung fairer Regeln, dem Ausschluss von Steuerwettbewerb nach unten und Sozialdumping, der Einführung gleicher ökologischer und sozialer Mindeststandards in der Europäischen Union muss die Basis für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem geschaffen werden. Die Stärkung der Regionen ist dabei eine Hauptforderung.

Österreich hat einen hervorragenden Öffentlichen Dienst mit hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die eine objektive Leistungserbringung im Sinne der Gemeinwohlorientierung und Bürgernähe garantieren. Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, wie beispielsweise Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung und Sicherheit, müssen weiterhin im Rahmen demokratisch legitimierter Kontrolle vom Öffentlichen Dienst erbracht werden.

Grundbedürfnisse wie z.B. Energie, die bereits marktwirtschaftlich zur Verfügung gestellt werden aber wo der Wettbewerb nicht funktioniert, sind über eine Wettbewerbsbehörde mit ausreichenden Kompetenzen einer amtlichen Preisregelung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu unterwerfen. Wenn Energiekonzerne durch Preisabsprachen Milliarden Gewinne auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger schreiben, kann der Staat diesem Treiben nicht tatenlos zusehen.

Ein funktionierender Konsumentenschutz ist für eine komplexe Konsumwelt unerlässlich. Finanzprodukte, komplexe Verträge, Produktkennzeichnungen usw. sind für viele Bürgerinnen und Bürger undurchschaubar geworden. Diese steigende Komplexität unserer Gesellschaft bedingt, dass dem Konsumentenschutz von einer künftigen Bundesregierung größere Priorität eingeräumt wird.

Als Orientierungshilfe für die Konsumentinnen und Konsumenten ist seitens der FCG geplant, ein elektronisches „Ökosoziales Gütesiegel“ zu etablieren. In diesem Zusammenhang wird gefordert, CSR-Initiativen (Corporate Social Responsibility) österreichischer Unternehmen zu unterstützen.

Konjunkturpaket: Angesichts der einleitend beschriebenen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise muss die neue Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur treffen. Dazu zählen das Vorziehen von Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Straßenbau) ebenso wie ein neuer wirtschaftlicher Rahmen für die Weiterentwicklung der Telekommunikation.

## **2. Arbeit neu denken**

Auch in Österreich entstehen immer mehr (von den Menschen ungewollte) individualisierte und unsichere Arbeitsformen. Die Neuformulierung des österreichischen Arbeitsrechtes darf nicht nur eine Zusammenfassung der verschiedenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in einem Gesetz sein, sondern muss dieser Entwicklung entgegenwirken. Die Rechte der Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Personalvertreterinnen und Personalvertreter müssen ausgebaut werden, damit auch auf betrieblicher Ebene dieser Entwicklung wirksam entgegengesteuert werden kann.

So genannte „**prekäre Beschäftigungsverhältnisse**“ müssen durch eindeutige und wirksame Regelungen verhindert werden. Gerade die Schwächsten brauchen erhöhten Schutz, der im neuen Arbeitsrecht auch für prekäre Beschäftigungsverhältnisse

(Scheinselbständige, bestimmte Freiberufler, atypische Arbeit, etc.) verankert sein muss. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass Menschen in Österreich trotz Arbeit arm sind. Wir wollen keine „working poor“.

Ein wichtiger Erfolg der Arbeitnehmerbewegung war die Abfertigung NEU. Hier ist es dringend notwendig, den Prozentsatz von 1,53 % in einem ersten Schritt auf 2 % zu erhöhen, damit bei längerer Berufsdauer auch entsprechende Abfertigungen entstehen.

Der Jugend muss der Einstieg in das Berufsleben deutlich erleichtert werden. Sowohl bei den Lehrstellen, als auch nach einem Hochschulabschluss, wo sehr oft nur unbezahlt „Praktika“ angeboten werden, müssen die Maßnahmen darauf abzielen, der Jugend eine echte Chance zu geben.

Gerade angesichts der gegenwärtigen Krise sind die EU-Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt dringend notwendig, offensiv zu nutzen und voll auszuschöpfen, damit auch danach genügend Arbeit vorhanden ist.

**GUTE ARBEIT:** Es entspricht den christlich-sozialen Grundwerten, dass mit Arbeit gleichzeitig Sicherheit des Arbeitsplatzes, eine umfassende Einbindung in die betriebliche Mitbestimmungs-, Informations- und Ausbildungskette, Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein angemessenes Einkommen verbunden sein muss. Erst dann können wir von guter Arbeit sprechen. Für die neue Bundesregierung muss Vollbeschäftigung ein übergeordnetes politisches Ziel sein.

### **3. Teuerung wirksam bekämpfen**

Die hohe Teuerungsrate bei den Gütern des täglichen Bedarfs treffen insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Daher muss eine neue Bundesregierung

- eine Wettbewerbsbehörde mit ausreichenden Kompetenzen schaffen, die in der Lage ist, unter bestimmten Voraussetzungen amtliche Preisregelungen rasch durchzusetzen,
- einen Gebührenerhöhungsstopp für alle Gebietskörperschaften für die nächsten drei Jahre umsetzen,
- die Rundfunk- und Fernsehgebühren für die nächsten drei Jahre einfrieren sowie
- eine deutliche Stützung regionaler Unternehmensstrukturen (Klein- und Mittelbetriebe sowie Direktvermarkter in der Landwirtschaft) bereitstellen, damit nicht ganze Branchen von wenigen Großkonzernen beherrscht werden.

### **4. Mehr Steuergerechtigkeit**

Die geplante Steuerreform muss zu einer deutlich spürbaren Entlastung von steuerpflichtigen kleinen und mittleren Einkommensbezieherinnen und –bezieher führen. Das Volumen dieser Lohnsteuerentlastung sollte bei vier Milliarden Euro angesetzt werden, da in den vergangenen 20 Jahren durch die kalte Progression bei der Lohnsteuer strukturell weit mehr als dieses Volumen entstanden ist.

Gegenfinanzierungsmaßnahmen, wie z.B. Glücksspielsteuer nach italienischem Vorbild, die Besteuerung von internationalen Kapitaltransfers sowie die Einführung von

Elementen einer Wertschöpfungsabgabe in Form von Restriktionen bei der Abschreibung von Anlagen.

Folgende Punkte sollten jedenfalls enthalten sein:

- Steuerliche Begünstigung von Familien, indem ein steuerfreies Existenzminimum von 5.000 Euro pro unversorgtem Familienmitglied direkt die Familien unterstützt und Wahlfreiheit ermöglicht.
- Eine umfassende Tarifreform muss dazu führen, dass die Eingangssteuersätze deutlich unter 30 % sinken und der Höchststeuersatz erst ab 100.000 Euro Jahresbruttoeinkommen greifen soll.
- Faire Besteuerung von Vermögenszuwachs. Anstelle einer Vermögenssteuer, die bereits versteuertes angespartes Eigentum auffressen würde, fordern wir eine gerechte Besteuerung des Vermögenszuwachses. Es ist nicht einzusehen, dass die KESSt für kleine Sparer 25 % beträgt, während der Vermögenszuwachs in Stiftungen nur mit 12,5 % besteuert wird.
- Eine Steuerbegünstigung für Mitarbeiterbeteiligungsmodelle muss umgesetzt werden.
- Absetzbarkeit des Aufwands, der zur Erreichung des Arbeitsplatzes notwendig ist.

Gerechter Lohn statt Negativsteuer

Statt einer Ausweitung der Negativsteuer fordert die FCG, dass Menschen mit einer 40 Wochenstunden-Beschäftigung so viel verdienen müssen, dass sich das Thema Negativsteuer gar nicht stellt. Vielmehr fordern wir einen Mindestlohn von 150 % des Ausgleichszulagenrichtsatzes (das wären knapp 1.150 Euro).

Das System der Negativsteuer ist auch deshalb abzulehnen, weil es sich

- um eine versteckte Lohnsubvention handelt,
- eine überwiegend von den Arbeitnehmern finanzierte Umverteilung stattfinden würde und
- steuerfinanzierte Lohnsubventionen das Entstehen prekärer Beschäftigungsverhältnisse begünstigt.

## **5. Umfassende Gesundheitsreform**

Eine umfassende Gesundheitsreform muss dazu führen, dass die Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip gestärkt werden. Die Finanzierung dieses sozialen Sicherungssystems ist zu gewährleisten und auf eine nachhaltige Basis zu stellen.

Generell ist es notwendig, Aufträge des Gesetzgebers an die Sozialversicherungsträger auch mit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel auszustatten.

Die FCG fordert die neue Bundesregierung auf, rasch, unter Einbeziehung aller Betroffenen, eine umfassende Gesundheitsreform in Österreich umzusetzen.

## **6. Pensionen sichern**

Das österreichische Pensionssystem ist auch in Zukunft umlageorientiert nach dem Prinzip der Lebensstandardsicherung zu gestalten. Dazu ist es notwendig, dass auf zukünftige Erwerbskarrieren stärker Bedacht zu nehmen ist. Wir werden immer weniger durchgängige Erwerbskarrieren haben. Deshalb ist der Durchrechnungszeitraum zu reduzieren.

Für jene, die jahrzehntlang das Pensionssystem mit Beiträgen finanziert haben, ist die Langzeitversichertenregelung (40 bzw. 45 Jahre sind genug! – Hacklerregelung) zu verlängern.

Die Schwerarbeitspension muss ebenfalls abschlagsfrei gebühren. Zusätzlich ist für Schwerarbeitsmonate eine geringe Erhöhung des Steigerungsbetrages umzusetzen, der durch einen erhöhten Dienstgeberbeitrag kompensiert werden soll. Damit würden die extremen Belastungen und die damit verbundene geringere Lebenserwartung bei Schwerarbeit mit einem höheren Pensionsanspruch bedacht werden. Tendenziell sollen gesundheitsbelastende Tätigkeiten reduziert werden.

Für die sich bereits in Pension befindlichen Österreicherinnen und Österreicher ist sicherzustellen, dass die jährlichen Pensionserhöhungen zumindest die Teuerung abdecken.

Der Pensionssicherungsbeitrag für Pensionen unter der ASVG-Höchstpension muss gestrichen werden.

Die 2. und 3. Säule der Pensionen (betriebliche Pensionskassen und private Vorsorge) ist – nicht zuletzt wegen der akuten Finanzkrise – stärker staatlich zu fördern und abzusichern.

## **7. Gleichbehandlung**

Die FCG fordert, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ auch in der Privatwirtschaft umzusetzen. Es geht nicht an, dass aufgrund des Geschlechtes oder der Herkunft für gleichwertige Arbeit im gleichen Unternehmen unterschiedliche Löhne bezahlt werden.

Um mehr Gleichbehandlung zu erreichen, sind Frauenförderpläne zu implementieren und bestehende Karenzmodelle ständig weiter zu entwickeln, so dass Benachteiligungen ausgeschlossen werden.

Sinnvolle Integrationsmaßnahmen sollen Benachteiligungen von Einwanderern im Arbeitsleben verhindern.

## **8. Aktive Ausländerpolitik**

Österreich braucht nicht zuletzt aufgrund der demografischen Struktur auch in Zukunft Zuwanderung. Es ist jedoch strikt zwischen Zuwanderung und Asyl zu unterscheiden. Jenen Menschen, die in ihrem Heimatland verfolgt werden, müssen wir als eines der reichsten Länder dieser Erde auch in Zukunft Hilfe anbieten. Das gebietet die Menschlichkeit. Es ist jedoch darauf zu achten, dass Missbrauch verhindert und die entsprechenden Verfahren rasch abgewickelt werden, so dass für alle in kurzer Zeit klare Verhältnisse gegeben sind.

Zuwanderung muss für jene Menschen offen stehen, deren Qualifikationen wir brauchen. Dabei ist darauf zu achten, dass einerseits umfassende Hilfestellungen geboten werden (Angebote zum Spracherwerb, Hilfe bei der Wohnungssuche, etc.) andererseits aber auch Pflichten wie z.B. Anerkennung unserer Grund- und Freiheitsrechte, Gleichberechtigung, Einhaltung unserer Rechtsordnung, etc. eingefordert werden.

Die FCG fordert, dass die neue Bundesregierung deutliche Verbesserungen der österreichischen Ausländer- und Integrationspolitik umsetzt, damit dieses Thema nicht den Populisten überlassen wird.

## **9. Familien**

Österreich muss kinder- und familienfreundlicher werden. Neben den bereits angeführten steuerlichen Maßnahmen müssen im Arbeitsrecht Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt werden. Weiters ist für Jungfamilien besser geförderter Wohnraum zu leistbaren Bedingungen zu schaffen. Unter Berücksichtigung der Wahlfreiheit für die Eltern sind bedarfsorientiert Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Der Gratiskindergarten im letzten Vorschuljahr ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenso sind Maßnahmen für stärkere Inanspruchnahme der Väterkarenz zu forcieren. Insgesamt müssen Familienleistungen deutlich ausgebaut werden.

## **10. Bildung**

Bildung ist ein umfassendes Thema, das weit über den Bereich Schule hinausgeht. Für den Bereich Schule ist es wichtig, dass ein differenziertes und leistungsorientiertes Schulsystem in allen Regionen Österreichs bestehen bleibt, damit unsere Schülerinnen und Schüler die bestmögliche sozial integrative Förderung erhalten. Statt mit einer Einheitsschule neue Probleme zu schaffen, sind die Geldmittel für ein bestmögliches Schulsystem deutlich zu erhöhen.

Wichtig ist auch, dass das System Hochschule funktional bleibt. Mit der Abschaffung der Studiengebühren wurde eine ungerechte Umverteilung von unten nach oben geschaffen. Deshalb fordert die FCG gerechte Studiengebühren sowie einen Ausbau der Stipendien zur zielgenauen Förderung von Studentinnen und Studenten aus schwächeren Einkommensschichten. Die Aufhebung von Zugangsbeschränkungen wird zudem das System durch Studentinnen und Studenten aus dem Ausland überfordern. Darüber hinaus müssen wir die Lernorte (Familien, Freundeskreise, gesellschaftliche Umgebung) unserer Kinder und Jugendlichen genauer durchleuchten und herausfinden, wo unsere Jugend Hilfestellungen und Unterstützung braucht.

Aus- und Fortbildung muss für das ganze Leben sichergestellt und entsprechend gefördert werden. Das bedeutet, dass der (berufliche) Lernprozess nicht schon mit der Erstausbildung abgeschlossen ist, sondern durch lebenslanges Lernen ständig erneuert werden muss.